

Übersichten

August 2003

Außenpolitik

1 Nordkorea-Krise: Sechs-Länder-Gespräche in Beijing ohne greifbares Ergebnis beendet

Die angestregten Vermittlungsversuche der VR China in Richtung einer diplomatischen Lösung der Nordkorea-Krise in den letzten Monaten schienen einen entscheidenden Schritt weitergekommen zu sein, als Nordkorea sich Anfang August schließlich zu multilateralen Gesprächen über sein umstrittenes Nuklearwaffenprogramm bereit erklärte. Nordkorea hatte bisher, unterstützt zunächst auch von der VR China, auf einen bilateralen Verhandlungsrahmen bestanden, den die USA wiederum, insbesondere nach den ergebnislos verlaufenen ersten Gesprächen in Beijing im April, grundsätzlich ablehnen. Sie fordern die unbedingte Teilnahme anderer regionaler Mächte an den Verhandlungen, um eine direkte Konfrontation mit Nordkorea zu verhindern. Seit Mitte Juli hatte die chinesische Regierung ihre Bemühungen um eine erneute Gesprächsvermittlung zwischen den beiden ver-

feindeten Parteien wieder intensiviert. Dabei war sie auch von ihrem bisherigen Standpunkt, die Krise als rein bilaterale Angelegenheit zu betrachten, abgerückt. Es dürfte vor allem den kurzfristigen Besuchen des stellvertretenden chinesischen Außenministers und ausgemachten Nordkorea-Kenners Dai Bingguo in Pyonyang und Washington zu verdanken sein, dass Nordkorea schließlich grundsätzlich in einen multilateralen Gesprächsrahmen unter Einbezug von Delegationen aus Russland, Japan und Südkorea einwilligte. Aber auch Staatspräsident Hu Jintao telefonierte noch einmal persönlich mit seinem amerikanischen Amtskollegen und schickte den stellvertretenden Außenminister und Kopf der chinesischen Verhandlungsdelegation Wang Yi zu weiteren Gesprächen in die beiden Hauptstädte. Nach umtriebigen Absprachen unter den sechs Parteien wurde eine dreitägige Verhandlungsrunde in Beijing vom 27. bis 29. August beschlossen.

Die chinesische Regierung erhielt von hochrangigen Regierungsvertretern aller Parteien viel Lob und Anerkennung für ihre „aktive“ und „konstruktive“ Rolle bei der Vermittlung der Gespräche – Äußerungen, die von den chinesischen Medien nur allzu gerne zitiert wurden. Die Beijinger Führung dürfte sich einen starken nationalen und internationalen Prestigeerfolg von erfolgreichen Verhandlungen erhoffen. Die Schlüsselrolle, die China durch seine traditionell guten Beziehungen zu Nordkorea, aber auch über die Energieversorgung und die Lieferung von humanitärer Hilfe an den heruntergewirtschafteten Hungerstaat bei der Lösung der Nuklearkrise zugesprochen wird, bedeutet aber zugleich auch einen immensen Erfolgsdruck für die Regierung in Beijing. Diesem begegnete sie mit einer ausgedehnten Reisediplomatie im Vorfeld der Gespräche und akribischen Vorbereitungen.

Der chinesische Außenminister Li Zhaoxing bereiste zunächst Japan und Südkorea, um mit seinen dortigen Amtskollegen und den beiden Staatspräsidenten die jeweiligen Positionen in den Verhandlungen abzustimmen und einen möglichst reibungslosen Verlauf der Gespräche zu garantieren. Dabei wurden bereits erste Unterschiede in den Erwartungshaltungen

in Bezug auf das Sechs-Länder-Treffen deutlich. Die japanische Regierung stand in Anbetracht einer aufgebrachten japanischen Öffentlichkeit unter Druck, im Rahmen der Gespräche auch die Forderung nach Freilassung entführter japanischer Staatsangehöriger an Nordkorea zu richten. Pyonyang hatte die Entführung von mehreren Japanern in den siebziger und achtziger Jahren im letzten Jahr zugegeben. Letzten Oktober hatten fünf von ihnen in ihr Heimatland zurückkehren können und warten seither auf die Freilassung ihrer Kinder. Die chinesische Seite war in ihrer Vermittlungsfunktion darauf bedacht, solche nicht direkt mit der Nuklearfrage verknüpften Themen auf den Rand der Gespräche zu verschieben.

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Vertrauensaufbau bei den Nordkoreanern geschenkt. Nach den Besuchen von Dai Bingguo und Wang Yi besuchten im August nicht nur Delegationen des All-Chinesischen Journalistenverbandes und des All-Chinesischen Frauenverbandes ihre nordkoreanischen Kollegen und betonten die freundschaftlichen Beziehungen und Kooperationen zwischen den beiden Ländern. Nur wenige Tage vor dem Sechser-Treffen in Beijing nahm auch eine hochrangige Delegation der Volksbefreiungsarmee eine Einladung nach Nordkorea an und zusätzlich wurde der stellvertretende Direktor des Büros für internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Partei Liu Hongcai nach Pyonyang geschickt. Neben den vertrauensbildenden Maßnahmen sollten die hochrangigen Besucher wohl so detailliert wie möglich die nordkoreanische Position in der Nuklearfrage auskundschaften und die Nordkoreaner wenn möglich zu einem Überdenken ihrer Position bewegen.

Die diplomatischen Bemühungen Chinas in der Nordkorea-Krise verdeutlichen einmal mehr die neue außenpolitische Richtung der chinesischen Regierung, die auf eine aktivere Rolle Chinas in der Weltpolitik abzielt. Chinesische Außenpolitik-Experten bezeichneten die Nordkorea-Krise entsprechend bereits vor Beendigung der Gespräche als einen Wendepunkt für China und einen „wichtigen Meilenstein in der Geschichte“ in Bezug auf Chinas Engagement als

ein verantwortungsvoller weltpolitischer Hauptakteur, der seine Interessen auch außerhalb seiner Grenzen zu verteidigen habe.

Eine weitere nicht zu unterschätzende Komponente des offensichtlichen Erfolgsdrucks der chinesischen Regierung stellt das strategische Verhältnis zu den USA dar. Seit Juli hatte die amerikanische Regierung Beijing wiederholt aufgefordert, seine aktive Vermittlerrolle beizubehalten. Washington war dabei allerdings nicht von seiner harten Position abgerückt, keinesfalls bilaterale Gespräche mit Nordkorea zu akzeptieren und keinerlei Konzessionen an Pyongyang zu machen, bevor nicht das nordkoreanische Atomprogramm abgebrochen wird, und zwar in vollständiger, verifizierbarer und irreversibler Weise. Solche Forderungen sind für Nordkorea erwartungsgemäß nicht akzeptabel und erschöpfen das Vermittlungspotenzial der chinesischen Regierung. Zu einem informellen Treffen mit der nordkoreanischen Delegation am Rande der Sechser-Gespräche in Beijing erklärten sich die Amerikaner dann aber doch bereit und machten damit die Zusammenkunft überhaupt möglich.

Zusätzlich versuchte Washington wiederholt, den UN-Sicherheitsrat in die Krise einzubeziehen, worin China einen gefährlichen Schritt in Richtung möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen auf der Halbinsel sieht. Auch die Stimmen der Hardliner in der amerikanischen Regierung, zu denen unter anderen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Unterstaatssekretär John Bolton gezählt werden, wurden wieder lauter. Sie halten Verhandlungen mit dem nordkoreanischen Regime grundsätzlich für wenig aussichtsreich und in regierungsnahen Kreisen wird angenommen, dass sie einen Zusammenbruch des Regimes vorziehen.

Für die chinesische Regierung wächst der Druck, eine diplomatische Lösung der Nordkorea-Krise voranzutreiben. Nur so kann sie ihre strategische Gratwanderung im Verhältnis zu den USA aufrechterhalten. Nicht zuletzt aufgrund wirtschaftlicher Interessen hat Beijing in den letzten Monaten versucht, das seit der Regierungsübernahme Bushs erheblich verschlechter-

te Verhältnis zu den Amerikanern wieder zu kitten und eine Politik der Konfrontation zu vermeiden. Gleichzeitig gehört die Bekämpfung der amerikanischen Vormachtstellung nach wie vor zu den zentralen Punkten der chinesischen Außenpolitik. Im Falle eines amerikanischen Einflusses über die nordkoreanische Halbinsel nach einem wie auch immer zustande gekommenen Regimekollaps sähe sich die Volksrepublik aber von amerikanischen Einflusszonen praktisch umrundet.

Neben den aufwendigen bilateralen Abstimmungen scheute die chinesische Regierung auch vor Ort in Beijing keine Mühen, eine vorteilhafte Verhandlungsatmosphäre zu schaffen. So wurde im staatlichen Gästehaus „Diaoyutai“ speziell ein sechseckiger Tisch vorbereitet, der für alle Parteien eine gleichwertige Sitzposition garantieren sollte. Schon im Vorfeld des Treffens hatten ausländische Beobachter und Diplomaten den Gesprächen allerdings wenig Aussicht auf Erfolg beigemessen. Allein die Auswahl relativ rangniedriger Vertreter machte konkrete Ergebnisse höchst unwahrscheinlich, obwohl vor allem Hu Jintao sich bemühte, durch Telefonate mit seinen Amtskollegen diese enger an die Gespräche zu binden. Die chinesischen Gastgeber mahnten die Delegierten zu einer „geduldrigen und offenen Einstellung“, um den Verhandlungsprozess nicht zu gefährden. Dass die auf drei Tage angesetzte Gesprächsrunde nicht vorzeitig abgebrochen wurde, scheint tatsächlich der größte Erfolg der aufwendigen Vermittlungsbemühungen Chinas gewesen zu sein.

Sowohl die amerikanische Delegation, angeführt von Assistenzstaatssekretär James Kelly, als auch die Vertretung Nordkoreas, die von dem stellvertretenden Außenminister Kim Yong-il geleitet wurde, rückten erwartungsgemäß nicht von ihren unvereinbaren Positionen ab. Nordkorea stellte eine Aufgabe seines Atomprogramms erst in Aussicht, wenn die USA von ihrer „feindlichen Politik“ gegenüber Pyongyang abließen. Im Detail forderte der Delegierte die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts und die Normalisierung der bilateralen Beziehungen sowie die Gewährung von Wirtschaftshilfe. China und Russland, die beide aus geopolitischen Gründen auf jeden Fall eine Eskalation der Krise

verhindern wollen und ihre Positionen als „praktisch identisch“ bezeichneten, fordern vor allem die Sicherheitsbedenken Nordkoreas zu lösen. Um den Nordkoreanern eine flexiblere Haltung zu ermöglichen, boten sie dem Regime zusätzliche Sicherheitsgarantien an, welche dieses jedoch ablehnte mit der Begründung, allein von den USA Garantien zu benötigen. Solche wird Nordkorea aber aller Voraussicht nach nicht erhalten, solange es nicht internationale Inspektionen zulässt. Nordkorea gefährdete am zweiten Tag der Gespräche aber vielmehr deren Fortsetzung, als es drohte, sich zur Atommacht zu erklären und einen Atomtest durchzuführen.

Dass die Parteien sich am Ende der dreitägigen Verhandlungen nicht einmal auf eine formelle Abschlusserklärung einigen konnten, stellt für Beijing, welches derartig viel Prestige in das Treffen investiert hatte und sich zumindest die Verabschiedung eines solchen Dokuments erhofft hatte, eine diplomatische Schlappe dar. Delegationsleiter Wang Yi war dennoch bemüht, ein positives Bild der Gespräche zu vermitteln. Alle Parteien wünschten sich eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel und hätten sich darauf verständigt, eine friedliche Lösung durch Dialog anzustreben. Eine solche sei durch parallele und abgestimmte Schritte durchzusetzen. Konkretere Angaben machte er zu der möglichen Lösung nicht. Zumindest wurde aber eine weitere Gesprächsrunde für die nächsten Monate beschlossen. Auch die chinesischen Medien wurden nicht müde zu betonen, welch wichtigen Schritt und historische Möglichkeit die Einberufung der Gespräche zur friedlichen Lösung der Nuklearkrise bedeutete. Erst die weiteren Entwicklungen werden aber zeigen, ob dies tatsächlich der Fall ist. Die Amerikaner halten sich zumindest andere Alternativen offen. Neben einer Einbeziehung des UN-Sicherheitsrats planen sie im Rahmen der Ende Mai von mehreren Regierungschefs verabschiedeten „Proliferation Security Initiative“ See-Manöver nordöstlich von Australien, in denen das Abfangen von Handelsschiffen geübt werden soll, auf denen illegale Waffen oder Drogen vermutet werden. (XNA, 4.8.03; 8.8.03; 26.8.03; 27.8.03; Kyodo News Ser-

vice, 11.8.03, nach BBC PF, 12.8.03; KCNA news agency, 11.8.03, nach BBC PF, 12.8.03; Yonhap news agency, 13.8.03, nach BBC PF, 14.8.03; Xinhua, 14.8.03, nach BBC PF, 15.8.03; Xinhua, 21.8.03, nach BBC PF, 22.8.03; Xinhua, 22.8.03, nach BBC PF, 23.8.03; Xinhua, 29.8.03, nach BBC PF, 31.8.03; NZZ, 19.8.03; ITAR-TASS news agency, 25.8.03, nach BBC PF, 26.8.03; ITAR-TASS news agency, 28.8.03, nach BBC PF, 29.8.03; *Hong Kong Economic Journal*, 28.8.03, nach BBC PF, 30.8.03; FT, 27.8.03; 28.8.03; SCMP, 29.8.03; IHT online, 29.8.03) -emc-

2 Chinesisch-japanisches Verhältnis bleibt von Vergangenheit belastet

Im August vor 25 Jahren unterzeichneten die VR China und Japan einen Friedens- und Freundschaftsvertrag, der die Normalisierung ihrer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg markierte. Zum Anlass dieses Jubiläums reiste der oberste Kabinettssekretär Yasuo Fukuda, dessen Vater Takeo Fukuda in seiner damaligen Funktion als Premierminister 1978 den Vertrag unterzeichnet hatte, für einen dreitägigen Besuch nach Beijing. Fukuda, der zudem Hauptberater von Premierminister Junichiro Koizumi ist, traf vor den Feierlichkeiten am 9. August mit Staatspräsident Hu Jintao zusammen.

In dem Gespräch, an dem auch die ehemaligen japanischen Premierminister Ryutaro Hashimoto und Tomiichi Murayama sowie Vertreter der Japanisch-Chinesischen Freundschaftsvereinigung und Wirtschaftsrepräsentanten teilnahmen, wurden vor allem die Errungenschaften im mittlerweile freundschaftlichen Verhältnis zwischen beiden Ländern gepriesen. Hu bezeichnete das Gedenken an den Vertrag als Möglichkeit, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu vergrößern. Die verbleibenden historischen Streitpunkte wurden höflich umgangen, obwohl Fukuda nach japanischen Agenturberichten auch eine mögliche Visite des derzeitigen Premierministers Koizumi in China angesprochen haben soll. Eine solche wird von chinesischer Seite abgelehnt, seit Koizumi zu Beginn des Jahres erneut den Yasukuni-Schrein

zur Ehrung japanischer Kriegsoffer besucht hatte. Weitere Themen des Gesprächs waren das bevorstehende Sechs-Länder-Treffen in Beijing über Nordkoreas Atomprogramm sowie der geplante Hochgeschwindigkeitszug von Beijing nach Shanghai. Fukuda soll gegenüber Hu für das japanische Shinkansen-System mit den Worten geworben haben, China und Japan müssten Hochgeschwindigkeitszüge über die Brücke fahren lassen, die sie mit dem Japanisch-Chinesischen Freundschaftsvertrag errichtet hätten.

Was in den Berichten beider Länder zu diesen Treffen allerdings nicht angesprochen wurde, ist, dass es kurz vor dem Besuch Fukudas erneut zu Verletzungen chinesischer Staatsbürger durch japanische Chemiewaffenaltlasten aus dem Zweiten Weltkrieg gekommen war. Ein paar Tage vor dem Jubiläum, am 4. August, waren auf einem Baugelände in der Stadt Qiqihar in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang fünf Metallfässer aufgetaucht, in denen von der japanischen Armee zurückgelassene Chemiewaffen vergraben worden waren. Aus einem der Fässer war eine Flüssigkeit, die später als Senfgas identifiziert wurde, in den Boden gesickert. Die vergiftete Erde war an elf verschiedene Stellen in der Stadt weitergetragen worden. Zwei Arbeiter hatten die Fässer aufgekauft, zerschnitten und an eine örtliche Recyclingstelle weiterverkauft. Nachdem am Abend bei ersten Bewohnern Krankheitserscheinungen wie Kopf- und Augenschmerzen und Übelkeit auftauchten, wurde die lokale Polizei benachrichtigt. Insgesamt sollen um die 40 Personen in ein Krankenhaus eingeliefert worden sein, zum Teil mit schweren Verletzungen.

Das japanische Außenministerium reagierte auf den Fund mit der Entsendung eines Untersuchungsteams, das sich von der Richtigkeit der Analyse überzeugte und die Opfer des Vorfalls im Krankenhaus besuchte. Erst im Juli 1999 hatten sich die beiden Regierungen im Einklang mit der 1997 in Kraft getretenen internationalen Konvention über das Verbot von Chemiewaffen auf die Verabschiedung einer Absichtserklärung einigen können, in der sich die Japaner bereit erklärten, so bald wie möglich die zurückgelassenen Waffen zu vernichten. Seit Gründung der Volksre-

publik sind in über zehn Provinzen von der japanischen Armee zurückgelassene chemische Waffen gefunden worden. Nach japanischen Angaben sollen noch ca. 700.000 dieser Waffen in China verblieben sein.

Kabinettssekretär Fukuda wurde erst am zweiten Tag seines Besuchs bei einem Treffen mit Ministerpräsident Wen Jiabao mit dem Vorfall konfrontiert. Wen erwähnte dem Gast gegenüber sowohl das Problem der Beseitigung der japanischen Chemiewaffenaltlasten, als auch die chinesische Verärgerung über die wiederholten Besuche Koizumis am Yasakuni-Schrein. Um eine Stärkung der bilateralen Beziehungen zu erreichen, sollten die beiden Länder insbesondere historische Themen und das Taiwan-Thema angemessen behandeln. Fukuda, der dem Ministerpräsidenten Grüße seines japanischen Amtskollegen übermittelte, nannte die Erinnerung an den Freundschaftsvertrag eine Stärkung des politischen Wunsches beider Seiten für eine gewissenhafte Behandlung historischer Fragen.

Just nach Beendigung des Staatsbesuchs wurde in China eine breit angelegte Medienkampagne über den Vorfall losgetreten, der zu diesem Zeitpunkt bereits eine Woche zurücklag. Die detaillierten Berichte über den Unfall und seine Opfer waren gespickt mit grausigen Bildern der Verletzungen und richteten sich gezielt an die Japaner, die Verantwortung für die „noch offenen Kriegswunden“ zu übernehmen. Das japanische Außenministerium entschuldigte sich offiziell für den Vorfall und entsandte ein Expertenteam, das die Chinesen bei der Abdichtung der giftigen Fässer und der medizinischen Versorgung der Verletzten unterstützen sollte. Zudem beschlossen beide Regierungen, Gespräche über Kompensationszahlungen an die Opfer aufzunehmen. Wie die *South China Morning Post* berichtete, haben zusätzlich auch ein chinesischer und ein japanischer Anwalt, ein Vertreter einer Freiwilligenorganisation japanischer Anwälte für kompensations-suchende chinesische Kriegsoffer, gemeinsam die Verteidigung der Opfer übernommen. Nach dem Bericht der Hongkonger Zeitung wollten die Opfer mit ihrer Klage gegen die japanische Regierung nicht länger das Er-

gebnis der Regierungsgespräche abwarten, von denen sich die Anwälte kaum eine angemessene Übernahme der Verantwortung durch Japan versprechen.

Als einer der beiden direkt mit dem Gas in Berührung gekommenen Arbeiter, der chemische Verbrennungen an 95% seines Körpers erlitten haben soll, 18 Tage nach dem Vorfall verstarb, überschlugen sich die Meldungen in den chinesischen Medien. Es wurde von einer erregten chinesischen Öffentlichkeit berichtet. Der stellvertretende Außenminister Wang Yi, der die Nachricht der japanischen Regierung übermittelte, drängte diese, sich so bald wie möglich durch konkrete Handlungen die Verantwortung zu übernehmen. China könne nicht erlauben, dass sich eine solche Tragödie wiederhole.

Die Verzögerung und die anschließende Heftigkeit der Reaktionen von offizieller chinesischer Seite machen einen Zusammenhang mit der sensiblen außenpolitischen Situation zur Zeit nicht unwahrscheinlich. Beobachter vermuten, dass die Erinnerung an japanische Kriegsverbrechen auch eine Mahnung an die japanische Regierung bedeuten könne, ihre pazifistische Haltung in den internationalen Beziehungen beizubehalten. In Anbetracht der wachsenden nuklearen Bedrohung durch Nordkorea reden japanische Experten mittlerweile offen über eine mögliche Entwicklung eigener Atomwaffen. Verkompliziert werden durch das wiederholte Aufflammen der ungelösten historischen Probleme allerdings auch die immer engeren Wirtschaftsbeziehungen der beiden Nachbarn. Auf einer privaten chinesischen Internetseite sammelte eine nationalistische Gruppe über 82.000 Unterschriften gegen die Vergabe des Vertrags im Wert von 12 Mrd. US\$ an das japanische Shinkansen-System für die Technologie des geplanten chinesischen Hochgeschwindigkeitszugs. (ZXS, 9.8.03, nach BBC PF, 11.8.03; Kyodo News Service, 9.8.03, nach BBC PF, 10.8.03; Kyodo News Service, 10.8.03, nach BBC PF, 11.8.03; Kyodo News Service, 12.8.03, nach BBC PF, 13.8.03; XNA, 10.8.03; 14.8.03; 22.8.03; Xinhua, 10.8.03, nach BBC PF, 11.8.03; Xinhua, 11.8.03, nach BBC PF, 16.8.03; Xinhua, 14.8.03, nach BBC PF, 15.8.03; IHT online, 11.8.03;

12.8.03; SCMP, 20.8.03; FT, 26.8.03)
-emc-

3 Nachholende diplomatische Kontakte nach der Eindämmung von SARS

Die diplomatischen Kontakte der neuen chinesischen Regierung hatten in der ersten Hälfte dieses Jahres erheblich unter dem Ausbruch der Lungenkrankheit SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) gelitten. Seit April waren die meisten Reisen ausländischer Politiker und Wirtschaftsvertreter sowie internationale Veranstaltungen in China auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Anfang Juni hatte der neue Staatspräsident Hu Jintao zwar die außerordentliche Gelegenheit gehabt, durch seine Teilnahme am Nord-Süd-Dialog am Rande des G-8-Gipfels in Frankreich seine Kontakte zu den führenden Staats- und Regierungschefs zu intensivieren. Die bilateralen Kontakte und ausländischen Besuche bei der neuen Regierungsmannschaft in Beijing jedoch begannen erst seit Ende Juni wieder langsam anzulaufen.

Im August wurden die versäumten Kontaktaufnahmen nun durch einen äußerst regen diplomatischen Austausch nachgeholt. Hohe Delegierte fast aller Kontinente besuchten die chinesische Hauptstadt. In Anbetracht der Vielzahl an diplomatischen Kontakten und Teilnahmen an multilateralen Treffen, die China für die gesamte zweite Jahreshälfte geplant hat, prophezeite der stellvertretende Außenminister Dai Bingguo in einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, man sei darauf vorbereitet, zum Ende des Jahres überarbeitet zu sein.

Am 4. August traf zunächst der Vorsitzende des Russischen Föderationsrats, Sergey Mironov, in der chinesischen Hauptstadt ein. Er beschrieb seinen zweitägigen Aufenthalt als einen von regelmäßigen freundschaftlichen Besuchen zwischen den beiden Parlamenten. Gleichzeitig bedeutete die Visite eine Fortsetzung des im Mai mit dem Besuch von Staatspräsident Hu Jintao in Moskau begonnen intensiven Austauschs mit der neuen Regierung, im Rahmen dessen der Ausbau der strategischen Part-

nerschaft der Kooperation zwischen den Nachbarn, die beide einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehaben, besondere Bedeutung beigemessen wird. So traf Mironov neben dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Wu Bangguo auch mit Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zusammen. Mit Letzterem besprach er insbesondere den von beiden Ländern gewünschten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, den Mironov als den Eckstein des Kooperationsausbaus bezeichnete. Zurzeit exportiert Russland lediglich Güter im Wert von 8,5 Mrd. US\$ im Jahr nach China. Mironov schlug vor, den Handel auf die Felder Atomenergietechnik, Maschinenbau und zivilen Flugzeugbau auszuweiten.

Um den Bemühungen von beiden Seiten Nachdruck zu verleihen, reiste Mitte August der chinesische Handelsminister Lu Fuyuan nach Moskau, wo er die Unterstützung der chinesischen Regierung für eine baldige Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation wiederholte und Einzelheiten des wirtschaftlichen Kooperationsausbaus besprach. Diese Gespräche wurden fortgesetzt in weiteren Treffen von Wirtschaftskommissionen beider Länder zum Ende des Monats. Der in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bereits im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr um 22,7% auf 8,12 Mrd. US\$ angewachsene bilaterale Handel könne nach Ansicht eines russischen Handelsdelegierten noch in diesem Jahr einen Umfang von 13 Mrd. US\$ erreichen. Gespräche über den Bau der geplanten Ölpipeline nach China wurden von russischer Seite vertagt mit der Begründung, die relevanten Punkte noch weiter prüfen zu wollen.

Vom afrikanischen Kontinent kam am 7. August der Ministerpräsident Nigers, Hama Amadou, zu einer Staatsvisite in die chinesische Hauptstadt. Ein nigrischer Diplomat beschrieb die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als „konstruktiv“ und „beispielhaft“. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich pflegt die VR China seit Jahren enge Beziehungen zu dem afrikanischen Staat, der reiche Vorkommen an Erdöl und Erdgas besitzt. Ministerpräsident Wen Jiabao äußer-

te die übliche Anerkennung gegenüber der nigrischen Regierung dafür, dass sie sich an die „Ein-China“-Politik halte und versprach dem Land weitere 50 Mio. Yuan Wirtschaftshilfe.

Nur wenige Tage später, am 11. August, traf der Ministerpräsident Sri Lankas, Ranil Wickremesinghe, zu einem fünftägigen Staatsbesuch in Beijing ein. Sein chinesischer Amtskollege Wen Jiabao lobte die Entwicklung der starken Freundschaft zwischen den beiden Ländern seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 46 Jahren und versicherte, dass die Politik Chinas gegenüber Sri Lanka auch in Zukunft unverändert bleibe. Zwischen den Regierungen wurden drei Abkommen über wirtschaftliche und technologische Kooperation verabschiedet und für die Zukunft wurde eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus anvisiert. Außerdem unterzeichneten die beiden Außenminister ein Abkommen über bilaterale Konsultationen, und das chinesische Finanz- und Handelszentrum Shanghai und die Hauptstadt Sri Lankas, Colombo, wurden zu Schwesterstädten erklärt.

Ein weiterer Besuch aus Asien kam aus dem unlängst aufgrund seiner erneuten Niederschlagung der Opposition Ende Mai international heftig verurteilten Myanmar. Der stellvertretende Obergeneral Maung Aye, die Nummer zwei in der Führung der Militärjunta, war auf seiner sechstägigen Reise von 35, zum Teil hochrangigen, Beamten begleitet. Die Ausweitung insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen zu China hat für das international weitgehend isolierte Land seit der Verhängung erneuter, scharfer Sanktionen durch die US-Regierung eine neue Dringlichkeit erhalten.

Auch wenn in den chinesischen Berichten unklar blieb, ob China dem Regime weitere Finanz- und Wirtschaftshilfen in Aussicht stellte, erfüllte sich doch erwartungsgemäß auch nicht die Hoffnung von Mitgliedern der Opposition in Myanmar, dass die chinesische Regierung die Militärjunta zu politischen Reformen überreden würde. Staatsrat Tang Jiaxuan wiederholte vielmehr den chinesischen Standpunkt, dass sich China nicht in interne Angelegenheiten des Staates einmische und weder Sanktionen noch

die Isolation des Landes befürworte. Die chinesische Regierung ist vor allem an der Bekämpfung des Drogenhandels in der Grenzregion zwischen beiden Ländern interessiert. Zu diesem Zweck begann zeitgleich mit dem Besuch ein zweiter einmonatiger Trainingskurs mit 30 Polizisten aus Myanmar in der im südchinesischen Provinz Yunnan.

Einen Tag zuvor hatte bereits ein ganz anderer Staatsbesucher Höflichkeiten mit der neuen Regierung ausgetauscht. Der australische Ministerpräsident John Howard traf am 18. August für eine kurze Visite in Beijing ein. Mit seinem Amtskollegen Wen Jiabao und mit Staatspräsident Hu Jintao sprach er über das große Potenzial für die Ausweitung und Vertiefung der Kooperationen in bilateralen und multilateralen Gebieten. Nach Ansicht Wen Jiabaos hätten China und Australien als zwei wichtige Länder im asiatisch-pazifischen Raum positive Beiträge zur Stabilität und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region geleistet. Natürlich wurden auch die anstehenden Verhandlungen über Nordkoreas Atomprogramm thematisiert. Howard, der bereits zum vierten Mal in seiner Funktion als Premierminister die Volksrepublik besuchte, nutzte seinen kurzen Aufenthalt zudem für ein erneutes Zusammentreffen mit dem ehemaligen Staatspräsidenten und Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin.

Selbst kurz vor und während der Sechs-Länder-Gespräche vom 27. bis 29. August in Beijing wurden die dichtgedrängten bilateralen Kontaktaufnahmen der neuen chinesischen Regierung nicht unterbrochen. Vom 19. bis 26. August reiste der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu zu einem ausgedehnten Besuch in die Volksrepublik. In Beijing führte er Gespräche mit seinem Amtskollegen Hu Jintao, mit dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Wu Bangguo und Ministerpräsident Wen Jiabao. Er traf auch mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Li Peng zusammen. Auf seiner Reise durch die Volksrepublik besuchte Iliescu die Städte Shanghai und Chongqing, wirtschaftliche, kulturelle und touristische Zie-

le, und zum Ende seiner Visite wohnte er der Eröffnung des rumänischen Generalkonsulats in Hongkong bei. Hauptanliegen von Iliescus Besuch, der erste Besuch eines rumänischen Staatsoberhauptes in China seit 1997, war ohne Zweifel die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu China. Nach einem empfindlichen Rückgang des Handels zwischen beiden Ländern nach 1989 konnte das Handelsvolumen erst in den letzten Jahren wieder gesteigert werden. Es soll in diesem Jahr nach Schätzungen einen Umfang von nur über 1 Mrd. US\$ erreichen. Iliescu zeigte sich beeindruckt von den wirtschaftlichen Errungenschaften Chinas und äußerte den Wunsch, von den chinesischen Erfahrungen zu lernen. China und Rumänien sollten einen umfassenderen und effizienteren Weg der wirtschaftlichen Kooperation entwickeln. Als wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen wurde eine Gemeinsame Erklärung bezeichnet, die die beiden Staatsoberhäupter unterzeichneten. Darin ist eine Verbesserung des Austauschs und der Kooperationen auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kultur, Bildung, Tourismus sowie Wissenschaft und Technik vorgesehen. Auch die Bedingungen für die Kooperation von Unternehmen beider Seiten sollen günstiger werden.

Gleich im Anschluss bemühte sich der Staatspräsident Ecuadors, Lucio Gutierrez Borbua, um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation mit China. Während seines Besuchs in Beijing führte er Gespräche mit Hu Jintao, Wen Jiabao und anderen führenden Politikern über die Möglichkeiten eines Ausbaus der von beiden Seiten als reibungslos beschriebenen Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Sechs kooperative Dokumente wurden zwischen den beiden Regierungen unterzeichnet, unter anderem über wirtschaftliche und technologische Kooperation, Pflanzenquarantäne, Rohöl und kulturellen Austausch.

Als letzten Staatsgast im August empfing die chinesische Regierung den ungarischen Ministerpräsidenten Peter Medgyessy. Dem dreitägigen Besuch, der sich genau mit dem Zeitraum des Beijinger Sechs-Länder-Treffens überschneidet, wurde von ungarischer Seite große Bedeutung beigemessen, al-

lein da es sich um den ersten Besuch eines ungarischen Ministerpräsidenten in China seit 44 Jahren handelte. Die ungarische Regierung erhoffte sich von diesem symbolischen Schritt eine Möglichkeit für eine nachholende Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu China, die hinter den traditionell guten bilateralen Beziehungen deutlich hinterherhinken. Das Handelsvolumen beschränkte sich im letzten Jahr auf nur 1,7 Mrd. US\$, und die ungarischen Exporte machen nur 10% des gesamten bilateralen Handels aus. Medgyessy bezeichnete es als eine strategische Frage, dass auch Ungarn die wachsende wirtschaftliche und politische Bedeutung Chinas voll anerkenne und größere Anstrengungen zeige, die bilateralen Beziehungen deutlich zu verbessern. Ungarn versuche daher, attraktiver für China werden. Während Stimmen aus der Opposition in Ungarn im Vorfeld des Besuchs gefordert hatten, auch die Tibet-Frage und das Problem der Religionsfreiheit anzusprechen, versicherte der Ministerpräsident der chinesischen Regierung vielmehr, dass Ungarn Taiwan als untrennbaren Teil der VR China anerkenne und folgte dem Beispiel führender westlicher Politiker, Menschenrechtsfragen zugunsten wirtschaftlicher Interessen nicht zu erwähnen. Die beiden Regierungen unterzeichneten eine Gemeinsame Erklärung, die eine stabilere und schnellere Entwicklung der bilateralen Beziehungen gewährleisten soll. Besonders im chinesischen Tourismus nach Ungarn wird ein Aufschwung erwartet. Das Land wird als Erstes in Zentral- und Osteuropa von China den Status eines „bewährten Reiseziels“ erhalten, wodurch es für chinesische Touristen möglich wird dorthin zu reisen.

Verliefen die Sechs-Länder-Gespräche auch weniger erfolgreich als von chinesischer Seite erhofft, so konnte die chinesische Regierung in Bezug auf die Festigung der regulären bilateralen Kontakte doch umso mehr Erfolge verbuchen. Die durch SARS verlorene Zeit zumindest scheint durch das anstrengende Besuchsprogramm im Monat August mehr als aufgeholt. (XNA, 4.8.03; 7.8.03; 8.8.03; 10.8.03; 11.8.03; 20.8.03; 22.8.03; 26.8.03; 27.8.03; 28.8.03; ITAR-TASS news agency, 5.8.03, nach BBC PF, 6.8.03; ITAR-TASS news agency, 27.8.03,

nach BBC PF, 28.8.03; Irrawaddy web site, 18.8.03, nach BBC EF, 20.8.03; Interfax news agency, 25.8.03, nach BBC EF, 26.8.03; Xinhua, 15.8.03, nach BBC PF, 19.8.03; Xinhua, 18.8.03, nach BBC PF, 19.8.03; Xinhua, 18.8.03, nach BBC EF, 19.8.03; Xinhua, 19.8.03, nach BBC EF, 21.8.03; Hungarian TV2 satellite service, 26.8.03, nach BBC PF, 28.8.03; Nepszabadsag, 26.8.03, nach BBC PF, 28.8.03) -emc-

4 Washington und Taipei beunruhigt über Modernisierung der chinesischen Streitkräfte

Seit Jahren bemüht sich Beijing bereits um eine umfassende Modernisierung der chinesischen Streitkräfte. In diesem Jahr hat Washington die Entwicklungen nun konkreter als zuvor mit der Vorbereitung Beijings auf eine mögliche militärische Auseinandersetzung mit Taiwan in Verbindung gebracht. Der diesjährige Bericht des Pentagons über die Entwicklung der chinesischen Streitkräfte stellte eine raschere und präzisere Aufstockung des Raketenbestands fest als die Jahre zuvor. China besitze bereits 450 Kurzstreckenraketen, 100 mehr als der Bericht aus dem letzten Jahr angegeben hatte, und werde sein Inventar vermutlich jedes Jahr um weitere 75 Raketen erweitern. Die Entwicklung weiterreichender Modelle vom Typ CSS-6 stelle zudem eine Bedrohung für die über 33.000 auf der südjapanischen Insel Okinawa stationierten US-Truppen dar.

Des Weiteren betont der Bericht die mit einem Wert von zwei Mrd. US\$ auf über das Doppelte angestiegenen Waffeneinkäufe aus Russland. Vor allem die neu erworbenen russischen U-Boote könnten gezielt für eine Blockierung des Seeverkehrs in der Taiwan-Straße eingesetzt werden und im Falle eines Konflikts die amerikanischen Streitkräfte bedrohen. Ergebnis des 50 Seiten umfassenden Papiers ist, dass ein möglicher Konflikt in der Taiwan-Straße der Hauptantrieb der militärischen Modernisierung Chinas sei. Die chinesische Militärdoktrin betone nun gezielt „Überraschung, Täuschung und einen Schockeffekt in der Eröffnungsphase einer Offensive“.

Die chinesische Regierung reagierte Anfang August mit Zurückweisung und scharfer Kritik auf den Bericht. Washington suche lediglich nach einer Rechtfertigung für den bereits im Jahr 2001 beschlossenen Verkauf hoch entwickelter Waffen nach Taiwan, verlautete es aus dem Außenministerium.

Ende des Monats berichtete dann aber die Beijing-nahe Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* von der Formierung einer neuen Luftkampftruppe der Volksbefreiungsarmee, die theoretisch in nur einer Stunde Taipei erreichen könne. Das geplante Luftkorps Nr.16 wurde in dem Artikel als die größte Erweiterung der chinesischen Luftstreitkräfte in den letzten vierzig Jahren gepriesen. Es soll vor allem aus Angehörigen der 35.000 Mann starken derzeitigen Lufteinheit bestehen, die unterstützt werden sollen von Technikern und anderen Logistikkoffizieren der Luftwaffe und der Raketentruppen. Die Aufgaben der Einheit seien von Sabotagemissionen hinter feindlichen Linien, Gefangennahme feindlicher Truppen und anderer nicht-regulärer Guerillaoperationen ausgeweitet worden auf Verstärkung, Zerstörung und die Zusammenarbeit mit Hauptstreitkräften während eines Kampfes.

Das taiwanesisches Verteidigungsministerium, das weder das Pentagon-Papier noch den Hongkonger Bericht zum geplanten Luftkorps direkt kommentieren wollte, reagierte in einem ersten eigenen jährlichen Bericht über Beijings Militärstärke schließlich doch auf die neuesten Entwicklungen. Es wiederholte die von Washington und taiwanesischen Militärstrategen bereits seit längerem geäußerte Befürchtung, dass Beijings militärische Aufrüstung zu einer konkreten Bedrohung für die Insel werden könne, wenn nicht auch Taiwan die Kampffähigkeiten seiner Streitkräfte verbessere. Während amerikanischen Schätzungen zufolge schon im Jahr 2005 das militärische Ungleichgewicht in der Taiwan-Straße zugunsten der chinesischen Streitkräfte kippen könnte, verschob der Bericht, der dem Legislativ Yuan zusammen mit dem Verteidigungshaushalt für 2004 überreicht wurde, die potenzielle Bedrohung auf den Zeitraum nach 2008.

In Bezug auf die geplanten Verbesserungen der taiwanesischen Streitkräfte

bemerkte Verteidigungsminister Tang Yiau-min, dass Taiwan sich auf „qualitative Verfeinerungen“ konzentrieren müsse. Im Vergleich zu den allein nach offiziellen Angaben geplanten militärischen Ausgaben Beijngs für 2004 von 22,3 Mrd. US\$ beträgt der taiwanische Militärhaushalt jährlich weniger als 8 Mrd. US\$. Der Bericht des Verteidigungsministeriums legte aber vor allem zum ersten Mal offen, dass die Streitkräfte der Insel trotz offizieller diplomatischer Isolation militärisch eng mit den Nachbarstaaten zusammenarbeiten und an einigen ausländischen Militärübungen, insbesondere der Amerikaner, teilnehmen werden. (WSJ, 31.7.03; IHT online, 31.7.03; 1.8.03; SCMP, 27.8.03; CNAT web site, 29.8.03, nach BBC PF, 31.8.03; CNAT web site, 30.8.03, nach BBC PF, 31.8.03) -emc-

5 SCO bereitet sich militärisch auf Terrorbekämpfung vor

Vom 6. bis 12. August fanden zum ersten Mal gemeinsame militärische Manöver von mehreren Mitgliedern der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) statt. Die Organisation, die sich vor allem die Bekämpfung von „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ auf die Fahnen geschrieben hat, begann ihre ersten Manöver im Rahmen der in Moskau im letzten Mai beschlossenen Militärübungen zur Terrorismusbekämpfung in Kasachstan. Eine zweite Phase der Übungen mit Namen „Koalition 2003“ wurde im Anschluss auf chinesischem Territorium in der Autonomen Region Xinjiang abgehalten.

An den viertägigen Übungen in der Grenzstadt Ucharal im Südosten Kasachstans nahmen über tausend Soldaten aus China, Kasachstan, Kirgistan und Russland teil. Tadschikische Truppen wohnten dem Manöver als Beobachter bei. Nur Usbekistan sandte keine Truppen, da diese nach Aussagen des usbekischen Verteidigungsministers mit eigenen Übungen beschäftigt seien. Die VR China war durch ein motorisiertes Infanteriebataillon und Spezialkräfte vertreten. Russland, Kasachstan und Kirgistan sandten Artillerie, Luftkräfte, Luftverteidigung und Spezialkräfte. Gemeinsam übten die Soldaten

die Befreiung von Flugzeugpassagieren aus der Gewalt einer Gruppe internationaler Terroristen. Die fünf Staaten errichteten zudem ein gemeinsames Hauptquartier, in dem Militärexperten und Stabsoffiziere Informationen austauschten, die Situation analysierten und die Operationen der gemeinsamen Kräfte koordinierten. Die Übungen wurden von chinesischer Seite als ein wichtiger Schritt für die Stärkung militärischer Kooperation und gegenseitigen Vertrauens der SCO-Mitgliedsstaaten bezeichnet. Erst im Oktober letzten Jahres hatten mit China und Kirgistan zum ersten Mal zwei Staaten der SCO ein gemeinsames Manöver abgehalten. Es waren für China auch die ersten Truppenübungen mit scharfer Munition mit einem anderen Staat gewesen.

In der zweiten Phase wurde in der Autonomen Region Xinjiang ein Kampf gegen über hundert bewaffnete „Terroristen“, die in das Gebiet eingedrungen waren und von einer Basis aus terroristische Ausfälle vornahmen, inszeniert. Nach Beendigung der Übung, die von chinesischer Seite als voller Erfolg gefeiert wurde, bemerkte der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Cao Gangchuan, die Übung habe die Kräfte des Terrorismus schockiert und einen wichtigen Beitrag zu den internationalen Anstrengungen der Terrorismusbekämpfung geleistet. (XNA, 6.8.03; WSJ, 6.8.03; Xinhua, 12.8.03, nach BBC PF, 16.8.03) -emc-

Innenpolitik

6 Rechtshilfe für Bedürftige

Ab 1. September diesen Jahres treten neue Vorschriften in Kraft, die Bedürftigen in China kostenlosen Rechtsbeistand garantieren sollen. Nach diesen im Juli vom Staatsrat beschlossenen Bestimmungen haben öffentliche Rechtshilfeinstitutionen von nun an Anspruch auf staatliche Unterstützung.

Das System der Rechtshilfe war Anfang 1994 vom Justizministerium beschlossen worden. Bis Ende Juni die-

sen Jahres konnten nach offiziellen Angaben 2.654 öffentliche Rechtshilfeinstitutionen im ganzen Lande errichtet werden, die in den letzten fünf Jahren für rund 970.000 bedürftige Menschen juristische Unterstützung leisteten. Darunter fällt Rechtshilfe für zivile Gerichtsprozesse, beispielsweise in Fällen von Entschädigungszahlungen, aber auch für strafrechtliche Verfahren. Allerdings hat die stark zunehmende Nachfrage nach Rechtsbeistand gepaart mit dem Mangel an finanziellen Mitteln und qualifiziertem Personal die Dienstleistungen der Institutionen stark eingeschränkt und eine weitere Ausweitung unmöglich gemacht. Einige Einrichtungen waren aufgrund fehlender Gelder bereits dazu übergegangen, sich für ihre Dienste bezahlen zu lassen. Gemäß den neuen Vorschriften ist es diesen Institutionen nun verboten, Profite zu erzielen.

Nach Angaben eines Berichtes der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften waren im Jahre 2002 insgesamt 9,44 Mio. US\$ in das öffentliche Rechtshilfesystem investiert worden. Diesen Betrag habe die Regierung nun aufgestockt, so Justizminister Zhang Fusen. Auch einige lokale Regierungen hätten schon zugesagt, entsprechende Gelder gemäß der neuen Vorschriften bereitzustellen. Allerdings gab Justizminister Zhang zu, dass diese Mittel nichtsdestotrotz nicht ausreichen, die stark anwachsende Nachfrage nach öffentlichem Rechtsbeistand zu befriedigen. Viele lokale Regierungen litten unter finanziellen Problemen und könnten die notwendigen Gelder nicht aufbringen. Seit Anfang des Monats habe das Justizministerium daher eine groß angelegte Benefiz-Aktion gestartet, die bis Ende des Jahres zur Steigerung der Popularität und der finanziellen Unterstützung des Rechtshilfesystems beitragen soll.

Die neuen Vorschriften werden von vielen chinesischen Beobachtern als wichtiger Schritt zur Standardisierung und Entwicklung von Rechtshilfemechanismen, teilweise gar als Meilenstein für den Schutz der Menschenrechte des Landes gefeiert. Des Weiteren zeugten sie von einem deutlichen Umschwung des politischen Kurses der parteistaatlichen Führung, die nunmehr verstärkt eine Politik betreibt, die dem Volke diene. So unterstri-